



Newsletter vom 28.08.2026

Historisches Erinnern unter politischem Druck

Aus verschiedenen europäischen Ländern erreichten uns in den letzten Wochen Meldungen über Angriffe auf die historische Erinnerung an die NS-Verfolgung und Erinnerungsorte.

Hatten die Internationalen Lagerkomitees im März 2026 bei einer Konferenz in Den Haag bereits gefordert, die Gedenkortorte aller großen Konzentrations- und Vernichtungslager unter den Schutz der UNESCO zu stellen, mahnten die Vertreter von über 30 Gedenkortorten an den Lagern und Haftstätten in Europa vor zunehmendem politischem Druck. Dabei geht es nicht nur um direkte Einflussnahme, sondern insbesondere durch die Einschränkung der Finanzierung die Behinderung der Handlungsfähigkeit und der pädagogischen Aufgabe in der Weitergabe des historischen Wissens an die heutigen Generationen. Aus verschiedenen Gedenkortorten sind solche Klagen zu hören. Selbst die Ankündigung der deutschen Bundesregierung, weitere Gelder für verschiedene Gedenkortorten zur Verfügung zu stellen, ändert daran nichts. Diese Mittel stehen grundsätzlich für Sicherheitskonzepte der Einrichtungen zur Verfügung, weniger für pädagogische oder Vermittlungsarbeit.

Wie wenig Empathie für die historischen Erinnerungsorte in Teilen Europas vorhanden ist, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Österreich. Das Internationale Mauthausen Komitee (CIM) verbreitete in diesen Tagen eine Erklärung gegen die kommerzielle Nutzung des Areals des Außenlagers des KZ Mauthausen in Leobersdorf, südlich von Wien. In diesem Außenlager waren etwa 400 Frauen, die aus dem KZ Ravenbrück zur Zwangsarbeit nach Österreich deportiert wurden, untergebracht, darunter etwa 200 Frauen aus der Sowjetunion. Sie wurden vom September 1944 bis April 1945 als Zwangsarbeiterinnen in der Hirtenberger Munitionsfabrik unter schlimmen Arbeitsbedingungen eingesetzt. Nachdem die alliierten Befreier näherkamen, wurde das Lager geschlossen und die Frauen zu

Fuß zum Lager Mauthausen transportiert. Auf diesem Todesmarsch wurden weitere Frauen getötet.

Alle Bestrebungen, einen angemessenen Gedenkort an diesem noch erhaltenen Areal zu schaffen, scheiterten in der Vergangenheit. Nun soll sogar dieser historische Ort im Interesse eines deutschen Lebensmittelkonzerns überbaut werden. Kritische Anfragen an den Bürgermeister des Ortes Ramharter zu diesem Projekt kommentierte dieser – wie französische Medien berichteten – mit der Bemerkung: „Wir haben in Mauthausen eine große, sehr gut ausgestattete Gedenkstätte; wir sollten zwar Gedenkstätten schaffen, aber wir brauchen keine 2.000 davon in Österreich.“

Im Gegensatz zu dieser Behauptung betont das Internationales Mauthausen-Komitee, dass bislang nur für einen Bruchteil der fast 50 Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen angemessene Gedenkstätten errichtet wurden. Die von Ramharter genannte Zahl von 2.000 ist eine Unterstellung und kommt einer Verhöhnung aller Opfer des grausamen Mauthausen-KZ-Systems gleich. Ein Angebot des Bürgermeisters und des Investors, am Westrand des Geländes einen Grünstreifen, der nicht gewerblich genutzt werden darf, als Ort der Erinnerung an das NS-Lager (Kriegsgefangenen-, Zwangsarbeits- und Frauenkonzentrationslager) zu nutzen, betrachtet das CIM als unzureichend, solange nicht jener Teil des Frauenlagers, der bislang unbebaut ist, freigehalten wird. Natürlich unterstützt die FIR dieses Anliegen des CIM. Aus Thüringen (Deutschland) erhielten wir die Nachricht, wie die dortigen Regierungsparteien mit einem Antrag unter dem wohlklingenden Titel „Erinnerungskultur in Thüringen und Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft aller Völker dauerhaft pflegen – den Erhalt von Gräbern und Denkmälern unterstützen“ Geschichtsrevision und Umschreibung von Erinnerungskultur unterstützen, die die realen Gedenkort ausblendet und antifaschistische Erinnerung zugunsten deutscher Kriegstoten und Betroffenen der Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg ausblendet. Man wolle „der Soldaten, die in den beiden Weltkriegen und anderen Kriegen starben, der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft, als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren haben“, gedenken, heißt es in dem Text. Zurecht kritisieren die antifaschistischen Verbände und Erinnerungsinitiativen in einem offenen Brief, dass in dieser Erklärung kein Wort über die faschistischen Verbrechen und die politisch Verantwortlichen zu finden ist. Stattdessen wird von „Krieg und Gewaltherrschaft“ gesprochen, worunter dann gleichermaßen die NS-Barbarei und die DDR-Zeit sowie alle sozialistischen Staaten verstanden werden. Dies wird als Rückfall in eine westdeutsche Erinnerungspolitik vor mehr als 50 Jahren kritisiert. Die FIR unterstützt auch diese Proteste gegen alle Formen von Geschichtsvergessenheit.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste

Office: Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

Phone: ++49-(0)30-55 57 90 83-4

Internet: www.fir.at; **E-Mail:** office@fir.at,

facebook: www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/

Donations welcome: Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.